

Bericht zur Herbstsession 2020 des Grossen Rates

Autor: Carlos Reinhard, Fraktionspräsident FDP.Die Liberalen
Datum: 20.10.2020

Sitzungszeiten (Grundlage: FDP-VertreterIn ohne Kommissionssitzungen)

Tag	Datum	Sitzungskategorie	Stunden
DO	27.08.2020	Fraktion	5.50
FR	28.08.2020	Fraktion	2.50
MO	31.08.2020 vormittags	Fraktion	2.25
MO	31.08.2020 nachmittags	Grossrat-Parlament	3.00
DI	01.09.2020 vormittags	Grossrat-Parlament	2.90
DI	01.09.2020 nachmittags	Grossrat-Parlament	3.00
MI	02.09.2020 g. Tag/Abend	Grossrat-Parlament	7.75
DO	03.09.2020	Grossrat-Parlament	6.25
MO	07.09.2020 vormittags	Fraktion	0.50
MO	07.09.2020 nachmittags	Grossrat-Parlament	3.00
DI	08.09.2020 g. Tag/Abend	Grossrat-Parlament	7.75
MI	09.09.2020	Grossrat-Parlament	6.25
		Total Sitzungszeit (ohne Kommissionen und Unterlagenstudium)	50.65

Auswahl an Statistiken

Anzahl Ordnungsanträge	4	Anzahl Traktanden Verhandlung	93
Anzahl Planungserklärungen	3	Total Traktanden (inkl. IP)	113
Anzahl Anträge	18	Anzahl Vereidigungen	5
Anzahl Stichentscheide GRP	2	Anzahl Wahlen	15
Anzahl Abstimmungen	183	Davon FDP-Likes 😊 (Abst. Gewinne)	168
Anzahl Freie Debatten	55	Anzahl Reduzierte Debatten	33
Anzahl organisierte Debatten	0	Anzahl Wandlungen Motion-Postulat	18
Zurückgezogene Vorstösse/Anträge	16		

Aktuelle Zusammensetzung der Fraktionen im Grossen Rat

Fraktionen									
Sitze	20	46	39	15	13	11	10	5	1

Anzahl Sitze im Kantonsparlament: 160

Seit der letzten Berichterstattung gab es keine Veränderungen bei den Fraktionssitzen. Die CVP erreicht die minimale Sitzzahl für eine Fraktionsbildung nicht und ist fraktionslos.

Aktuelle Positionierung der Fraktionen im Grossen Rat

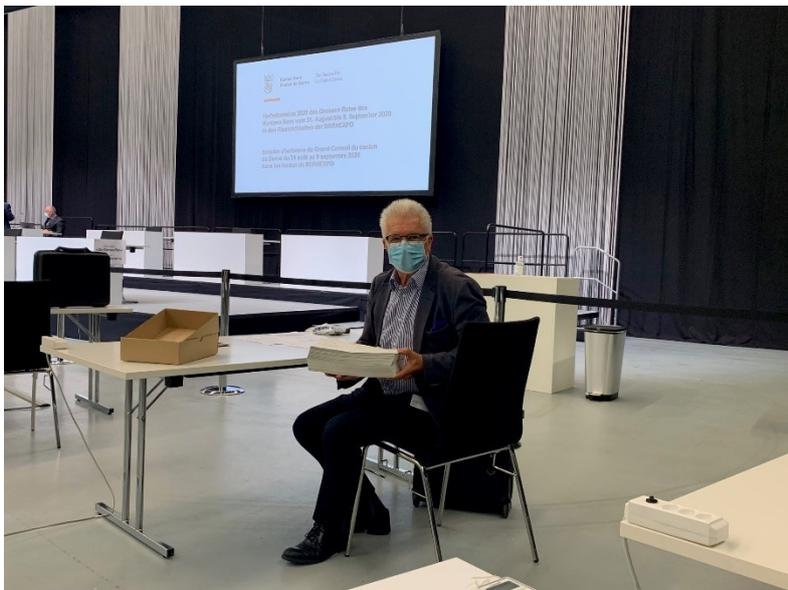


Fraktionssitzung in Langenthal

Einmal im Jahr führt die FDP eine Fraktionssitzung inkl. Übernachtung durch. Dieses Jahr waren wir in Langenthal, der Stadt des amtierenden Grossratspräsidenten Stefan Costa. Aufgrund von Corona musste das Programm angepasst werden – für eine Kutschenfahrt und ein kleines Apéro reichte es aber aus. Zum ersten Mal war auch Stefan Lack dabei, der neue Präsident der FDP.Die Liberalen Kanton Bern.

Auch die Herbstsession findet in der Festhalle Bern statt

Nach der Sommersession fand auch die Herbstsession des Grossen Rates in der Alten Festhalle auf dem BERNEXPO-Areal statt. So konnten alle Auflagen und Abstandsregeln eingehalten werden. Die Zahlen geben weiter Anlass zur Sorge, der Kanton verfolgt die Entwicklung weiterhin genau und ergreift, wenn nötig, Massnahmen.



Wer nicht digital arbeitet, hatte wiederum viel Papier zu schleppen. Im Bild Pierre-Yves Grivel.

Anders als in der Sommersession bestand diesmal in der Alten Festhalle Maskenpflicht. Wer indes an seinem Einzeltisch sass, durfte die Maske während der Debatte ablegen. Leider gab es bereits in der ersten Sessionswoche einen positiven Corona-Fall – die betroffene Person musste in der Folge in Quarantäne.

Grossratspräsidenten-Feier zu Ehren von Stefan Costa

Nachdem die Grossratspräsidentenfeier im Juni verschoben werden musste, war bis kurz vor dem neuen Termin nicht klar, ob das Fest zu Ehren des neuen Präsidenten des Grossen Rates durchgeführt werden kann. Letztlich konnte die Feier am 3. September 2020 in Langenthal aber stattfinden – wenn auch in kleinerem Rahmen und mit weniger Gästen. FDP-Fraktionspräsident Carlos Reinhard hielt im Rahmen des Festakts eine kurze Rede:

**Herr Regierungspräsident,
sehr geehrte Damen und Herren Regierungsräte,
Herr Grossratspräsident, lieber Stefan
liebe Grossrätinnen und Grossräte,
Herr Stadtpräsident,
geschätzte Damen und Herren
aus Politik, Wirtschaft, Armee, Sport,
Kultur, Tourismus und Gesellschaft, liebe Gäste**

Fünf Jahre en suite war die Region Thun eine präsidiale Grossmacht: Immer kam der höchste Berner oder die höchste Bernerin aus dem Berner Oberland: Zwei Mal aus Thun, dann aus Spiez, Zwieselberg und Uetendorf. Jetzt darf mal Langenthal ran – und richtig hoch hinaus. Die Stadt mit den hohen Trottoirs. Die Wakkerpreis-Trägerin 2019. Und mit 16'000 Einwohnerinnen und Einwohnern das Zentrum des bernischen Oberaargaus. Mit Stefan Costa feiern wir heute nicht nur den Präsidenten des Grossen Rates des Kantons Bern – sondern auch einen Ur-Langenthaler:



Hier trat er als 17-jähriger den Jungliberalen bei, studierte Politologie und Geschichte und verdiente sich dann bei der FDP Schweiz und als Sekretär der FDP-Bundeshausfraktion die Sporen ab, ehe er zwei Bundesräten als persönlicher Mitarbeiter diente. Höchster Langenthaler war er schon. Als Geschäftsführer der Region Oberaargau leistet er seit Jahren herausragende Arbeit, indem er täglich unter vielen Interessen vermittelt. Stefan Costa ist ein stiller Schaffer. Ein Champfer. Stets bescheiden und bekannt für Under-Statement. Er wirkt lieber im Hintergrund. Die Showbühne überlässt er anderen. Doch unterschätzen sollte man ihn nicht: Eine überaus helle Birne im Kronleuchter. Und wenn bei anderen der Horizont am Tellerrand des Sonntagsbratens endet, weiss er das gekonnt zu nutzen... Auch «Langete» setzt auf Bescheidenheit. Wirkt zeitweise sogar etwas verschlafen – und bünzlig: Aber das ist alles nur Tarnung. «Langete» ist die Stadt im Dorf: Pommes-frites, Motorenöl, Teppiche, Textilien oder Flugzeugsitze – hier gibt es alles. 2010 sogar ein Minarett aus Karton. Auf dem Dach des «Chouffüsi» – aber alles nur künstliche Provokation, völlig harmlos... Langenthal kann stolz sein auf Stefan Costa. Er macht viel für seine Stadt. Auch privat ist er eine tolle Persönlichkeit, der Sohn eines Gipsers aus dem Puschlav. Stefan Costa ist nicht nur ein beispielhafter Ehemann – sondern auch ein liebevoller Vater von zwei Töchtern. Er engagiert sich im Sozialen, bei der Kunsteisbahn, macht bei der Fasnacht mit, liebt den Sport und das Kochen. Man sieht es ihm nicht an...



Dass er auch scharf schiessen kann, hat er im Oberaargauer Infanterieregiment 16 bewiesen: Als Kadi einer Panzerjäger-Kompanie. Als der Gegner noch Sowjetunion hiess, gab's kein Pardon. Vermutlich der Grund, dass es Langenthal heute überhaupt noch gibt.

**Herr Grossratspräsident,
liebe Festgemeinde**

Höchster Berner oder höchste Bernerin zu sein, ist eine Ehre. Und Verpflichtung zugleich. Ich wünsche Dir, lieber Stefan, für Dein Amtsjahr viel Erfolg, Fingerspitzengefühl, Zufriedenheit und Glück. Und – so hoffen wir – noch viele und unvergessliche Begegnungen. Die Federmäuse aus Wuhan haben uns allen einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht.

In diesem Sinne:

**Auf eine gesunde Schweiz.
Auf einen wunderbaren Kanton Bern.
Auf ein erfolgreiches Langenthal.
Und alles Gute unserem höchsten Berner.**

Besten Dank.

Carlos Reinhard, Grossrat und Fraktionspräsident FDP. Die Liberalen

Folgende Geschäfte bzw. Vorstösse waren während der Herbstsession umstritten oder erwähnenswert:

Motion Hamdaoui (CVP) «Gratiszeitungen in Gefahr»

Die dringliche Motion sah vor, dass der Regierungsrat regionale Gratiszeitungen finanziell unterstützen soll, da die Einnahmen wegen der Corona-Krise eingebrochen sind. Die FDP war der Meinung, dass der Vorstoss berechtigt ist, aber nur die Sachlage genauer zu prüfen (als Postulat) und dann allenfalls ein Massnahmenpaket inkl. Kostenfolge aufzuzeigen sei. Eine verpflichtende Motion kam für die FDP aber nicht in Frage, da dies sicherlich eine nationale Aufgabe sein sollte. Das Postulat wurde mit 95 Ja zu 55 Nein und 2 Enthaltungen überwiesen.

Motion Löffel (EVP) «Gerechte Sitzzuteilung bei Grossratswahlen (Doppelter Pukelsheim)»

In jeder Legislatur wird von einer Kleinpartei eine Motion eingereicht, welche ein neues Ausrechnungssystem der Sitzzuteilung verlangt (der sogenannte «doppelte Pukelsheim»). Mit diesem System erfolgt die Sitzverteilung in einem zweistufigen Verfahren. In der wahlkreisübergreifenden Oberzuteilung werden die Sitze in einem ersten Schritt wahlkreisübergreifend auf Kantonebene den Listen zugeordnet. Erst mit der Unterzuteilung werden die Sitze aus der Oberteilung auf die Listen in den Wahlkreisen verteilt. Eine weitere Änderung ist, dass letztlich parteiübergreifende Listenverbindungen so nicht mehr möglich wären. Es ist klar, dass vor allem kleinere Parteien davon profitieren würden. Erstaunlich war, dass die Befürworter die Sperrgrenze von 5% nicht unterstützen wollten, was bei einem «doppelten Pukelsheim» eigentlich üblich wäre. Die FDP-Fraktion hat das neue System auch in diesem Jahr abgelehnt. Die Motion (SVP, SP, FDP waren dagegen, die restliche kleineren Parteien dafür) wurde abgelehnt. GLP und EVP haben angekündigt, in der nächsten Legislatur nochmals den gleichen Vorstoss einzureichen – dies zum fünften Mal in Folge.

Motionen Klopfenstein und Graber (beide SVP) zur Abstimmungwiederholung in Moutier

Seit der ersten annullierten Abstimmung betreffend Kantonszugehörigkeit von Moutier, müssen sich Kommissionen, aber auch der Grosse Rat, regelmässig mit Vorstössen zu diesem Thema befassen. Es ist erwiesen, dass sogenannter «Wahl»-Tourismus stattfindet. Das heisst, dass Personen aus anderen Gemeinden oder Kantonen kurzfristig nach Moutier gezogen sind und nach der Abstimmung zu diesem Thema wieder an ihren Ursprungswohnort zurückgekehrt sind. Das ist zwar erlaubt, jedoch alles andere als zufriedenstellend. Die Vorstösse verlangen nun, dass die neue Abstimmung in den ersten drei Monaten eines Jahres stattfinden soll. Somit greift mit dem Wohnsitzwechsel auch die Steuerpflicht im Kanton Bern. Diese Motionen wurden klar angenommen, was von der FDP begrüsst wurde.

Gesetz über die sozialen Leistungsangebote (SLG) – 1. Lesung

Die Vorlage bezweckte vorab, die Bereiche der institutionellen und der individuellen Sozialhilfe, die bisher in einem einzigen Gesetz geregelt waren (Sozialhilfegesetz/SHG), in zwei Erlassen neu zu organisieren. Materiell liegt der Schwerpunkt der Vorlage bei der Einführung von Betreuungsgutscheinen im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung sowie bei der Neuregelung der Bewilligung und Aufsicht von Kitas. Die FDP unterstützte dieses Vorhaben und will einen weiteren ungebremsten Ausbau, welche von den linken Parteien mit verschiedenen Anträgen gefordert wurde, verhindern. Viele Artikel wurden in der ersten Lesung bereinigt. Dennoch wird sich der Grosse Rat nochmals mit diesem Geschäft beschäftigen.



Wahlen: Hans-Rudolf Vogt (FDP) neuer Stimmzähler / FDP-Kandidatin gewinnt bei den Richterwahlen gegen SP-Kandidat

Der langjährige Stimmzähler der FDP, Peter Sommer, hat einen würdigen Nachfolger gefunden: Hans-Rudolf Vogt (FDP) wurde mit einem Spitzenresultat als neuer Stimmzähler gewählt – herzliche Gratulation! Bei der Richterwahl für eine Vakanz im Verwaltungsgericht (sozialversicherungsrechtliche Abteilung) hatte unsere FDP-Kandidatin Katharina Mauerhofer einen schweren Stand. Die FDP hatte keinen Proporzanspruch – aber gegenüber der SP verfügten wir über eine Frauenkandidatur, was sich letztlich auszahlte. Herzliche Gratulation, Katharina Mauerhofer!

Motion Imboden (Grüne) «Applaus reicht nicht: Es braucht ein kantonales Massnahmepaket für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen in der Pflege, Betreuung, Schule, im Sozialbereich und in der Kinderbetreuung (KITA)»

Die endlos lange Titelgebung hat den Vorteil, dass man die Forderung erkennt. Die Motionärin wollte, dass die Leistungen der erwähnten Berufe noch mehr gewürdigt werden – insbesondere auch aufgrund von Corona. Es ist tatsächlich so, dass die Pandemie in vielen Branchen und Berufen Sonderefforts verlangt. Für Ausfälle wurden teure Hilfspakete verabschiedet. Sei es auf Stufe Bund oder auch auf kantonaler Ebene. Aus diesem Grund sah die FDP-Fraktion keinen Bedarf, nur gezielt die im Titel erwähnten Berufe zu unterstützen. Die Motion wurde letztlich sehr deutlich abgelehnt. Zu diesem Thema passt auch ein Zeitungsbericht aus der «NZZ» vom 1. September 2020:

Soll man «Krisengewinner» zusätzlich belasten?

Geringschätzung des Unternehmertums



CHRISTOPH EISENRING

Jan-Egbert Sturm, Chef der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH und der Expertengruppe Wirtschaft in der Covid-19-Task-Force, beherrscht die Aufmerksamkeitsökonomie. Mitte März hatte er mit dem Vorschlag eines 100 Milliarden Franken schweren Fonds zur Krisenbekämpfung für Schlagzeilen gesorgt. Nun hat er im «Sonntags-Blick» gefordert, dass man «Krisengewinner» höher besteuere, um mit dem Geld Verlierer zu unterstützen. Schliesslich habe der Zufall entschieden, welche Unternehmen höhere Gewinne machten, sagt er. Als Beispiele nennt Sturm Lebensmittelhändler, Online-Shops und Pharmaunternehmen.

Angebracht wäre eine andere Reaktion: Dass es trotz enormem Stress im System gelungen ist, eine Versorgungskrise abzuwenden, ist gerade dem Einsatz der Lebensmittelhändler und Online-Shops wie Amazon, Galaxus und vielen Kleinen zu verdanken. In einer Marktwirtschaft versuchen Unternehmen Bedürfnisse der Konsu-

menten vorzuzuhauen, und sie hoffen, dass sich die Risiken einmal auszahlen. Wenn dann die Gewinne an einem Ort steigen, zieht dies Ressourcen aus anderen Bereichen der Wirtschaft an, die dort nicht mehr gebraucht werden. Dieser Prozess wird gebremst, wenn man nun «Gewinner» über Gebühr belastet. Wer viel Gewinn macht, bezahlt in der Regel schon höhere Steuern.

Der Lockdown hat Löcher in die Bilanzen vieler Firmen gerissen. Kurzarbeit und Liquiditätskredite haben vielen über das Größte hinweggeholfen. Nicht alle werden es aber schaffen. Sturm räumt im Interview ein, man komme nicht darum herum, gewisse Betriebe in Konkurs gehen zu lassen. Was soll es da bringen, wenn man «Verlierer», wie er es nennt, noch mit Geld unterstützt, das man vorher den «Gewinnern» über das übliche Mass hinaus abgeknöpft hat?

Und wer sind überhaupt diese «Gewinner», die Sturm stärker belasten will? Der Pharmakonzern Roche hat im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorjahr in Franken gemessen weniger umgesetzt und verdient. Bei Novartis sieht es zwar etwas besser aus, aber von einem Boom kann man nicht sprechen.

Sicher haben einige Firmen Glück gehabt, aber die meisten mussten sich anstrengen, um wieder

auf Touren zu kommen. Sie mussten ihre Produktionsprozesse umstellen, um Abstandsregeln einzuhalten. Lebensmittel- und Online-Händler passten ihre Logistik an, um fehlende Waren zu beschaffen und die stark gestiegene Nachfrage zu bedienen. Sturms Forderung macht diese unternehmerischen Leistungen klein. «Gewinner» sind zudem keineswegs nur grosse Konzerne. So erwartet etwa Velosuisse, dass der Absatz von E-Bikes 2020 gegenüber dem Vorjahr um ein Viertel zunehmen wird. Ist diese Branche auch ein «Krisengewinner», den man zusätzlich zur Kasse bitten sollte?

Man ahnt, welche Ungerechtigkeiten Sturms Vorschlag nach sich zöge. Gewiss, man wird sich darüber unterhalten müssen, wer die Kosten der Krise trägt, wenn man die Pandemie einmal im Griff hat. Dabei wird man staatliche Ausgaben auf den Prüfstand stellen und vielleicht auch über Steuern sprechen müssen. Doch mit seinem Fokus auf (vermeintliche) Krisengewinner insinuiert Sturm, dass diese sich bereichert hätten und man ihnen diese Gewinne wieder abnehmen müsse. Dabei ist das Gegenteil der Fall: Die Unternehmen haben in schwierigen Zeiten Risiken auf sich genommen und die Wirtschaft am Laufen gehalten. Sie sollen ihren Obolus bezahlen, aber auch nicht mehr.

Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 1. September 2020

Parlamentarische Initiative Köpfli (GLP) und Motion Imboden (Grüne)

Bei beiden Vorstössen will man die bewährte Schuldenbremse des Kantons Bern «aufweichen». Der Kanton Bern konnte in der Corona-Krise Finanzhilfen sprechen, ohne sich übermässig zu verschulden. Ein Blick in andere Länder zeigt, dass sich ohne Schuldenbremse die Staatsfinanzen nicht wirklich positiv entwickelt haben, im Gegenteil. Das Vorhaben der Motion Imboden (hier wurde mehr oder weniger Abschaffung der Schuldenbremse gefordert), welche während der Diskussion im Parlament in ein Prüfungsauftrag (Postulat) umgewandelt wurde, ist deutlich abgelehnt worden. Die parlamentarische Initiative, welche eine Mehrjahresbetrachtung als Prüfauftrag vorsieht, wurde trotz Gegenstimmen der FDP, überwiesen.

Diverse Vorstösse der Ratslinken

Der Grosse Rat hatte auch etliche Vorstösse der Ratslinken zu behandeln. Von Steuererhöhungen bis und mit massiven Lohnerhöhungen, welche nur mit der Coronakrise begründet wurden, sind abgelehnt worden.

Motion Bauer (SP) «Nachtzüge statt Ferienflüge»

Der Vorstoss wollte, dass die bereits genehmigten Kredite von 2018 für den Flughafen Belp neu für Nachtzüge verwendet werden sollen. Die Nachtzüge sind jedoch nicht auf Kantonsstufe zu regeln. Deshalb versuchte die Motionärin durch die Umwandlung in ein Postulat ein «Zeichen zu setzen». Viele Bürgerliche sind hier wohl lieber dem persönlichen «Marketing» gefolgt und haben dem Postulat zugestimmt.

Motion «Schilt (SVP) – Nothilfe auch für privat untergebrachte, abgewiesene Asylsuchende ausrichten»

Mehr oder weniger die ganze SVP und die FDP. Die Liberalen staunten über diese Motion, welche von einem SVP-Fraktionsmitglied eingereicht wurde, zumal diese Forderung eben erst vom Stimmvolk abgelehnt wurde. Der Motionär verlangte, dass abgewiesene Asylbewerber, welche privat untergebracht sind, hierfür entschädigt werden (8 Franken pro Tag). Der Vorstoss wurde dank SP, Grüne, EVP, GLP sowie Teilen der BDP überwiesen.

Zum Schluss noch dies...

Viele Vorstösse werden zur Ablehnung empfohlen, weil die Umsetzung nicht gesetzlich erfolgen kann. Dann gibt es als Vorstösser/in folgende Möglichkeit, welche nicht selten angewandt wird: Man wandelt den Vorstoss einfach in ein Postulat (Prüfauftrag) um und argumentiert, dass man ein Zeichen setzen wolle. Ein solches Postulat wird dann oft angenommen, obwohl bei der Beantwortung bereits ein Prüfauftrag erfolgt ist. Ende Jahr «verschwinden» dann die Vorstösse von der Pendenzenliste – und werden auf einer langen Liste abgeschrieben.